

„'... da sind wir keine Ausländer mehr'. Eingewanderte ArbeiterInnen in Berlin 1961 – 1993“ – Bilanz eines Ausstellungs- und Buchprojektes

Als ehemaliges Projektmitglied ziehe ich in diesem Artikel eine subjektive Bilanz eines von 1990 bis 1994 gelaufenen Projekts zur Einwanderungsgeschichte Berlins. Die Wanderausstellung „... da sind wir keine Ausländer mehr“ der Berliner Geschichtswerkstatt zeigte in zahlreichen Fotos, Dokumenten, Interviewauszügen und knappen Texten eine lebendige Alltagsgeschichte der nach Berlin zugewanderten ArbeitsmigrantInnen und ihrer Familien – der „Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter“ im Westen und der „ausländischen Werktätigen“ im Osten. Gegen die wachsende Fremdenfeindlichkeit wurde damit die Geschichte einer nicht mehr zu leugnenden Einwanderung gestellt. Die Ausstellung war in den Jahren 1993 bis 1994 an sieben Berliner Stationen zu sehen: in der Berliner Stadtbibliothek, im Rathaus Kreuzberg, in der Hauptbibliothek Marzahn, im FEZ Wuhlheide, im Rathaus Wedding, im Gotischen Haus Spandau (Stadtgeschichtliches Museum) und in der Werkstatt der Kulturen (in Kooperation mit der Türkischen Gemeinde Berlin). Teile der Ausstellung wurden zudem in der Galerie Olga Benario gezeigt. Die Wanderausstellung, deren Texte als Handzettel auf türkisch, vietnamesisch und serbokroatisch¹ vorlagen, wurde also gezielt nicht in ‚erhabenen‘ Museumssälen, sondern in öffentlichen Räumen mit Publikumsverkehr gezeigt. Begleitet wurde der Ausstellungszyklus von verschiedenen Veranstaltungen wie Stadtrundfahrten, Diskussionen und Filmvorführungen. Der von der Berliner Geschichtswerkstatt im Selbstverlag herausgegebene Begleitband² präsentierte Hintergrundtexte und Interviewauszüge in ausführlicherer Form, als das in der Ausstellung selbst möglich war. Daneben entstanden im Projektkontext weitere Publikationen.³ Die heute mit nur geringen Materialschäden im Depot liegende Ausstellung kann auf Wunsch ausgeliehen werden.

Vor dem Hintergrund der in der Bundesrepublik seit den späten 1980er Jahren zunehmenden Fremdenfeindlichkeit (Asylkampagne im Bundestagswahlkampf 1987, REP-Erfolge bei Landtagswahlen) begann eine Arbeitsgruppe der Berliner Geschichtswerkstatt im Frühjahr 1990, sich mit der Geschichte der ArbeitsimmigrantInnen und ihrer Nachkommen in Berlin zu beschäftigen. Die zentrale These – „Berlin ist eine Einwanderungsstadt, Deutschland ist ein Einwanderungsland“ – war zwar bereits seit Ende der 1970er Jahre bekannt, wurde aber gleichwohl noch immer geleugnet. Die inhaltliche Konzentration auf die ArbeitsimmigrantInnen und ihre Familien war dadurch begründet, daß diese Gruppe damals etwa zwei Drittel der BerlinerInnen ohne deutschen Paß ausmachte. Ein historischer Rückblick auf die Tatsache einer bereits vor Jahrzehnten erfolgten Einwanderung sollte einen rationaleren Umgang mit den Folgeproblemen ermöglichen. Die Vereinigung Berlins führte zur Einbeziehung der ganz anders und doch wieder ähnlich gelagerten Einwanderungsgeschichte Ost-Berlins und der DDR.

Während der Arbeitsphase des Projekts erlebte das vereinigte Deutschland eine sprunghaft anwachsende Fremdenfeindlichkeit sowohl in gewalttätiger, teils pogromähnlicher Form (Hoyerswerda, Rostock, Solingen etc.) als auch in gesetzgeberisch-bürokratischer Form (Abschaffung des Asylrechts). Bei Eröffnung der ersten Station der Wanderausstellung im März 1993 war die Berliner Geschichtswerkstatt also mal wieder eine der ersten Einrichtungen der historisch-politischen Bildung gewesen, die ein hochaktuelles Thema frühzeitig auf-

¹ Die pragmatisch erforderliche Kooperation einer kroatischen und einer serbischen Übersetzerin setzten zugleich ein Zeichen gegen den Sprachnationalismus infolge der Auflösung Jugoslawiens.

² Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.): „... da sind wir keine Ausländer mehr.“ Eingewanderte ArbeiterInnen in Berlin 1961 – 1993, Berlin 1993.

³ Roller, Kathrin: Frauenmigration und Ausländerpolitik im Deutschen Kaiserreich. Polnische Arbeitsmigrantinnen in Preußen, Berlin ²1994. Cord Pagenstecher: Die ‚Illusion‘ der Rückkehr. Zur Mentalitätsgeschichte von ‚Gastarbeit‘ und Einwanderung, in: Soziale Welt, 47 (2). 1996, S. 149 – 179, u.a.

gegriffen hatten. Wieweit es freilich gelang, mit historischen Informationen politische Meinungen im aufklärerischen Sinn zu beeinflussen, ist fraglich. Gemeinsam mit vielen anderen Initiativen konnte die Berliner Geschichtswerkstatt auf die öffentliche Meinung einwirken und dazu beitragen, ein damals durchaus nicht auszuschließendes, noch weitergehendes Umkippen der Stimmung zu verhindern – mehr nicht. Die anhaltende rechtsradikale Gewalt wurde in Politik und Öffentlichkeit als primär außenpolitisches Problem betrachtet und hingenommen; die Aushöhlung des auf den Erfahrungen mit den Nationalsozialismus beruhenden Asylrechts blieb bestehen; mindestens unter den ostdeutschen Jugendlichen gewannen die Rechtsextremen eine Art kultureller Hegemonie. Die Jahre 1999 und 2000 brachten eine erneute Welle des offenen Rassismus mit ‚national befreiten Zonen‘ im Osten und nationalen Unterschriftenaktionen im Westen. Nicht die historische Aufklärungsarbeit, sondern erst das Interesse der Industrie an neuen ArbeitsmigrantInnen brachte letztlich auch die CDU dazu, ihre dreißigjährige Erkenntnisverweigerung allmählich aufzugeben, und ermöglichte eine neue Einwanderungsdebatte.

In der historischen Forschungs- und Bildungsarbeit blieben die Minderheiten im Nachkriegsdeutschland ein Randthema. So sind auch in der universitären Geschichtswissenschaft (wenigstens in Berlin) im letzten Jahrzehnt keine wesentliche Fortschritte auszumachen. In jüngster Zeit wurden die Ideen des Projekts vereinzelt wieder aufgegriffen – in lokalhistorischen Museen und im Berlin-Tourismus. Das Kreuzberg-Museum zeigt derzeit eine Ausstellung über die ersten türkischen MigrantInnen in Berlin; das Motto des Weltgästeführertags im Februar 2001 lautete „Wahlheimat Berlin“. Immer wieder erreichen Anfragen auch noch die Geschichtswerkstatt, deren nach wie vor aktuelle Ausstellung immer noch Pilotcharakter hat.